

2000/J XXI.GP
Eingelangt am:01.03.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag.^a Barbara Prammer und GenossInnen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Abtreibungsklinik „Mairo“

In den letzten Wochen eskalierte in Wien die Auseinandersetzung zwischen Vertretern des Vereins „Ja zum Leben“ und den Betreibern der Wiener Abtreibungsklinik namens „Mairo“. Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen, werden in einer Situation, in der sie ohnehin schweren seelischen Belastungen ausgesetzt sind, beschimpft, verängstigt und einem enormen Spießrutenlauf ausgesetzt. Die Parolen der militanten Abtreibungsgegner sind z.B. „Kindesverstümmler“, „du gehörst hinter Gitter“, „töte dein Kind nicht Mutter“ und ähnliches.

Die Vertreter des Vereins „Ja zum Leben“ haben nun aufgrund ihrer massiven Vorgangsweise und ihres Bedrohungsszenariums erreicht, dass die Eigentümerin jener Wohnung, in der sich die Abtreibungsklinik befindet, die Wohnung an den Verein verkauft. Nun wird die Abtreibungsklinik mit Räumungs - und Ruhestörungsklagen überzogen. Diese Drohung ging so weit, dass zwei Kontaktbeamte der Wiener Polizei sich um die Mitarbeiterinnen und Patientinnen der Mairo -Klinik kümmern müssen.

Ein der Hauptproponenten des Vereins „Ja zum Leben“, Dietmar Fischer, finanziert seine Unternehmungen mittels Spendengeldern. Auch die Wohnung wurde mittels Spendengelder gekauft. Er unterhält mehrere „Lebenszentren“ in Wien, Graz, Grießkirchen und Rankweil und er stellt nach eigenen Angaben in seiner Vereinszeitung werdende Mütter ein, damit diese dann Karenzgeld beziehen können. Nun ist der Verdacht des Betrugs an potentiellen Spenderinnen aufgetaucht, da die von Fischer genannten 11 Millionen Schilling an Spendengeldern kaum die Kosten decken können, die die Aktivitäten von Fischer verursachen

Vertreten wird der Verein „Ja zum Leben“ durch die Rechtsanwaltskanzlei Böhmdorfer - Gheneff. An dieser Kanzler war der jetzige Justizministers beteiligt und sein Name steht noch immer der Rechtsanwaltskanzlei zur Verfügung. Durch die Aktivitäten der Rechtsanwältin Huberta Gheneff, die auch deutlich zu verstehen gegeben hat, dass sie die inhaltliche Ausrichtung des Vereines unterstützen kann, steht der Verdacht nahe, dass hier Rechtshilfe gewährt wird, um die derzeitige Gesetzeslage zu verändern.

Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz folgende

Anfrage:

1. Wie stehen Sie dazu, dass die Rechtsanwaltskanzlei, die mit Ihrem Namen wirbt, sich eindeutig jenseits der österreichischen Rechtsmeinung befindet?
2. Wie stehen Sie dazu, dass Frauen in einer so kritischen Situation drangsaliert und eingeschüchtert werden und dass die Rechtsanwaltskanzlei, die noch immer mit Ihrem Namen auftritt, die sogenannten Lebensschützer unterstützt und damit gegen Frauen in dieser Situation arbeitet?
3. Wie stehen Sie als Justizminister insgesamt zu dieser Situation?
4. Wie gewährleisten Sie, dass sich die Kanzlei, die mit Ihrem Namen wirbt, in einer Situation, in der Sie Justizminister sind, nicht weiterhin außerhalb der Rechtsmeinung steht?
5. Glauben Sie nicht, dass eine Kanzlei, die mit dem Namen des Justizministers auftritt, eine Vorbildfunktion ausüben muß, was beinhaltet, dass sie Klienten, die in kritischen politisch gesellschaftlichen Bereichen agieren, nicht als Klienten annimmt?